Umweltfachliche Untersuchungen

Prüfkatalog zur Prüfung der UVP-Pflicht

Prüfkatalog zur Prüfung der UVP-Pflicht im Einzelfall nach § 3c UVPG für Bauvorhaben an Bundesfernstraßen (UVP-Vorprüfung)

0.		Einbeziehung bestehender Vorhaben Wenn ja, werden die Wirkungen im Folgenden einbezogen		
0.1	Werden bei dieser Vorprüfung Vorbelastungen, insb. der um-/auszubauenden oder anderer bestehender Straßen, einbezogen?	Nein ☒	Ja, und zwar Emissionen der bestehenden Straße	
0.2	Sind bei dieser Vorprüfung frühere Änderungen oder Erweiterungen der um-/auszubauenden Straße, für die noch keine UVP durchgeführt wurde, als Zusatzbelastung einzubeziehen? (§ 3e Abs. 1 Nr. 2 UVPG)	Nein ☐	Ja, und zwar Radweg an der Staatsstraße im Jahr 2011	
1.		Merkmale des Vorhabens (Wirkfaktoren)		
☐ Neubau ☒ Um-/Ausbau		Art/Umfang		
1.1	Baulänge in km:	3,195		
1.2	Geschätzte Flächeninanspruchnahme in ha:	3,5 (ohne alter Straßenkörper, ohne Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen)		
1.3	Geschätzter Umfang der Neuversiegelung in ha:	1,18		
1.4	Geschätzter Umfang der Erdarbeiten in m³:	20 000		
1.5	Anzahl der Ingenieurbauwerke:	1		
1.6	Geschätzte Dauer der Bauzeit:	10 Monate, verteilt auf 2 Jahre		
Treten Merkmale (Wirkfaktoren) auf, die nachteilige Umweltauswirkungen verursachen könnten? Wenn ja, Erläuterungen am Ende von Punkt 1		nein	ja	Geschätzter Umfang Erläuterungen
1.7	Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch das Vorhaben	☒	☐	
1.8	Erhöhung der Lärmimmissionen	☒	☐	
1.9	Erhöhung der Schadstoffimmissionen	☒	☐	
1.10	Zusätzliche Zerschneidungswirkung	☒	☐	
1.11	Visuelle Veränderung	☐	☒	Anschnitt des Waldrandes, Kurvenabflachung in Peterhof-Lichtung
1.12	Veränderung des Grundwassers	☒	☐	
1.13	Änderung an Gewässern oder Verlegung von Gewässern	☒	☐	
1.14	Einleitung von Straßenwasser in Gewässer	☒	☐	Versickerung über die Böschungen

1.15	Klimatische Veränderungen	☐	☒	Rodung von 1,05 ha Klimaschutzwald
1.16	Rodung	☐	☒	Siehe oben
1.17	Sonstige Merkmale (Anlage, Bau oder Betrieb), die nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können:	☐		
	- Bau von Leitungen	x	☐	
	- Anfall von Abfall (z. B. belastete Böden, Teer)		☒	Teerhaltiges Material der Straße wird fachgerecht entsorgt
	- Rohstoffbedarf		☒	Asphalt, Granit, Kies
	- besondere Probleme des Baugrundes (z. B. Moorböden)	x	☐	
	- Abwicklung des Baubetriebes	x	☐	
	- Unfallrisiko während des Baus und des Betriebs		☒	Wie jede Straße besteht auch hier durch den Betrieb ein Unfallrisiko
	- Lärm-, Schadstoffemissionen während des Baus		☒	Durch Baumaschinen, LKWs
	- Erschütterungen		☒	
	- andere, und zwar:	x	☐	
1.18	Können einige dieser Wirkungen grenzüberschreitend sein?	☒	☐	

Verbindlich vorgesehene Vermeidungsmaßnahmen z. B. Lärmschutz, Regenrückhaltebecken, Querungshilfen, Schadensbegrenzungsmaßnahmen und Ausgleichsmaßnahmen:

- Versickerung des Oberflächenwassers über die Böschungen, bei größeren Einzugsflächen Regenrückhaltebecken,
- Wildtierdurchlass,
- Vermeidungsmaßnahmen wie Bauzäune, Kontrolle der Habitatbäume, Fällzeitpunkt angepasst an Fledermäuse, falls die Bäume bewohnt sein könnten
- Baustelleneinrichtungen und Ablagerungen nur an unbedenklichen Stellen
- Verbringung der überschüssigen Erdmassen an Orte, wo sie keine zusätzlichen Schäden an Biotopflächen oder für Tierarten bewirken
- Vermeidungsmaßnahmen für die Schädigung von Haselmaus-Individuen und des Haselmaus-Lebensraumes
- Ersatzaufforstung von Wald im Umfang von 1,05 ha
- Umwandlung von 0,52 ha bestehendem Wald zu einem naturnäheren Wald mit höherem Totholzanteil, mehr Habitatbäumen und lichten Stellen
- Weitere Ausgleichsmaßnahmen: Feuchtwiesenpflege, Extensivierung von Grünland, Neuanlage von Extensiv-Grünland (Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen gesamt, incl. Bannwalder-satz, auf 5,1 ha)

Gesamteinschätzung der Merkmale des Vorhabens (Wirkfaktoren) unter Berücksichtigung der unter 1.6 genannten Vermeidungsmaßnahmen:

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen treten keine Merkmale auf, die nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt verursachen könnten.

--	--

2	Standort des Vorhabens				
	2.1	Bestehende Nutzungen (Nutzungskriterien). Gibt es: (Wenn ja, Erläuterungen am Ende von Punkt 2):	nein	ja	Geschätzter Umfang Erläuterungen
	2.1.1	Aussagen in dem für das Gebiet geltenden Raumordnungsplänen oder in der Flächennutzungsplanung zu Nutzungen, die mit dem Vorhaben unvereinbar sind (z. B. Vorranggebiete, regionaler Grünzug)	☐ x	☐	
	2.1.2	Wohngebiete	☐	☒ x	Bereits bisher etwas belastet, diese Belastung erhöht sich nicht. Grenzwerte werden eingehalten
	2.1.3	Empfindliche Nutzungen (Krankenhäuser, Altersheime, Kirchen, Schulen etc.)	☒ x	☐	
	2.1.4	Bereiche mit besonderer Bedeutung für Erholung/Fremdenverkehr	☐	☒ x	Naturpark Westliche Wälder, Ausflugswirtschaft, Wochenendhäuser
	2.1.5	Altlasten, Altablagerungen, Deponien	☒ x	☐	
	2.1.6	Vorhaben liegt im angemessenen Sicherheitsbereich eines Betriebsbereichs nach § 3 Abs. 5a BImSchG (Seveso III-RL)	☒ x	☐	
	2.1.7	Flächen mit besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft oder Fischerei	☒ x	☐	
	2.1.8	Flächen mit besonderer Bedeutung für die Forstwirtschaft	☐	☒ x	
	2.1.9	Sonstige Sachgüter	☒ x	☐	
	2.2	Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft des Gebietes (Qualitätskriterien). Gibt es: (Wenn ja, Erläuterungen am Ende von Punkt 2)	nein	ja	Art, Größe, Umfang der Betroffenheit
	2.2.1	Lebensräume und Funktionsbeziehungen mit besonderer Bedeutung für Pflanzen oder Tiere (insb. Vorkommen planungsrelevanter Arten, Lebensraumtypen nach Anhang I oder Arten nach Anhang II FFH-Richtlinie, soweit bekannt)	☐	☒ x	Haselmäuse, betroffen auf circa 0,2ha dauerhaft Zauneidechse neben dem Baufeld auf ca. 200m Länge Fledermäuse, den Wald als Jagdgebiet nutzend, auch am Waldrand entlangfliegend
	2.2.2	Schutzwürdige Böden	☒ x	☐	
	2.2.3	Oberflächengewässer mit besonderer Bedeutung	☒ x	☐	
	2.2.4	Bedeutsame Grundwasservorkommen	☒ x	☐	
	2.2.5	Für das Landschaftsbild bedeutende (Kultur-) Landschaften oder Landschaftsteile	☒ x	☐	

	2.2.6	Flächen mit besonderer klimatischer Bedeutung (Kaltluftentstehungsgebiete, Frischluftbahnen) oder besonderer Empfindlichkeit	☐	☒	Klimaschutzwald 1,05 ha
	2.2.7	Flächen mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz, z. B. <ul style="list-style-type: none"> - als Naturschutzprojekte des Bundes oder des Landes geförderte Gebiete (z.B. BayernNetzNatur, LIFE-Projekte, Wiesenbrütergebiet) - Unzerschnittene verkehrsarme Räume - Feuchtgebiete internationaler Bedeutung (Ramsar) - Biotopverbundfläche - Allee/Baumreihe 	☐ ☒ ☒ ☒ ☒	☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
	2.2.8	Sonstige, und zwar	☒	☐	
	2.3	Rechtswirksame Schutzgebietskategorien: Gibt es: (Wenn ja, Erläuterungen am Ende von Punkt 2.)	nein	ja	Art, Größe, Umfang der Betroffenheit
	2.3.1	Natura-2000-Gebiete (es sind auch Beeinträchtigungen zu betrachten, die von außen in das Gebiet hineinwirken können)	☒	☐	
	2.3.2	Naturschutzgebiete	☒	☐	
	2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente	☒	☐	
	2.3.4	Biosphärenreservate	☒	☐	
	2.3.5	Landschaftsschutzgebiete	☐	☒	Auf 2,4 km Länge liegt die Straße im LSG
	2.3.6	Naturdenkmäler	☒	☐	
	2.3.7	Geschützte Landschaftsbestandteile	☒	☐	
	2.3.8	Gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. Art. 23 Abs. 1 BayNatSchG)	☐	☒	0,42 ha arten- und struktureiches Dauergrünland
	2.3.9	Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete	☒	☐	
	2.3.10	Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind (Luftreinhalteplangebiete)	☒	☐	
	2.3.11	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes	☒	☐	
	2.3.12	Baudenkmäler, Bodendenkmäler, Ensembles, archäologisch bedeutsame Landschaften, Denkmalverdachtsflächen	☒	☐	
	2.3.13	Bannwald, Schutzwald, Naturwaldreservat	☐	☒	1,05ha, Rodung
	2.3.14	Erholungswald	☐	☒	„

Gesamteinschätzung des Standorts des Vorhabens unter Berücksichtigung der unter Ziff. 0. genannten Vorbelastung. Notwendigkeit vertiefender Untersuchungen wie z.B. FFH-Verträglichkeitsprüfung:
[...]

Weitere Erläuterungen und zusammenfassende Beurteilung, ob durch das Vorhaben Nutzungen, Qualitäten oder Schutzgebiete von erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen betroffen sein könnten:
[...]

Besteht die Möglichkeit, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auftreten?		Nein	Ja, weil:
3.1	Menschen einschl. der menschlichen Gesundheit	☒	
3.2	Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt	☒	
3.3	Boden	☒	
3.4	Wasser	☒	
3.5	Luft/Klima	☒	
3.6	Landschaft	☒	
3.7	Kultur- und sonstige Sachgüter	☒	
3.8	Wechselwirkungen	☒	

Zusammenfassende Begründung, warum aus Sicht der Straßenbauverwaltung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind:

Es handelt sich um einen sehr bestandsnahen Ausbau, der Flächen betrifft, die auch bisher schon durch Lärm vorbelastet waren. Neue Zerschneidungswirkungen im großflächigen Waldgebiet gibt es durch diese Planung nicht.

Das Vorhaben liegt unter den Schwellenwerten zur UVP-Pflicht.

Die Eingriffe in den Naturhaushalt sind (mit Ausnahme des Verlusts an natürlich gewachsenem Boden) ausgleichbar. Durch die Wiederaufforstung von standortgerechtem Laubwald wird die Waldfläche in ihrer ursprünglichen Größe wiederhergestellt. Durch die Umwandlung von vorhandenem Wald zu einem Wald mit mehr Totholz und einer artenreichen Krautschicht am Waldboden werden die verlorengegangenen Waldlebensräume in relativ kurzer Zeit wieder hergestellt.

Der Strukturreichtum im Wald wird auch durch die Pflege einer Waldlichtung mit Feuchtwiese verbessert. Das überbaute artenreiche Dauergrünland wird in größerem Umfang wieder neu angelegt.

4. Ergebnis	Nein (nicht UVP-pflichtig)	Ja (UVP-Pflicht)
Können von dem Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgehen?	☒	☐

1. Hinweise zur Durchführung der UVP-Vorprüfung

Zuständige Behörde für die Feststellung der UVP-Pflicht ist die Planfeststellungsbehörde. In den Fällen gemäß § 3b UVPG i. V. m. Anlage 1 Nr. 14.3 bis 14.5 UVPG ist eine UVP zwingend erforderlich. Im Übrigen hat die Planfeststellungsbehörde für den Bau und die Änderung von Bundesfernstraßen nach § 3a UVPG auf der Grundlage geeigneter Angaben des Vorhabensträgers zu prüfen, ob für das Vorhaben eine UVP-Pflicht besteht. Hierfür soll dieser Prüfkatalog verwendet werden. Der Vorhabensträger gibt darin eine eigene Einschätzung ab, ob und warum er das Vorhaben als (nicht) UVP-pflichtig einstuft.

Die UVP-Vorprüfung erfolgt zwar nur überschlägig. Ein Antrag auf Durchführung einer Vorprüfung ist aber erst sinnvoll, wenn die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens bereits abschätzbar sind, z. B. mit Abschluss der Entwurfsplanung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei festgestellter UVP-Pflicht zwingend ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist.

Dem Antrag auf Durchführung der UVP-Vorprüfung sind neben dem ausgefüllten Prüfkatalog alle geeigneten vorhandenen Unterlagen beizufügen, die der Planfeststellungsbehörde eine Prüfung der Angaben ermöglichen (z. B. Lageplan, Unterlagen zur Landschaftsplanung, Lärmberechnungen u. ä.). Ist das Ergebnis der UVP-Vorprüfung offensichtlich und das Vorhaben UVP-pflichtig, kann auf die Vorprüfung verzichtet werden. Dies wird regelmäßig beim Neubau von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen der Fall sein.

2. Hinweise zur Beurteilung der Erheblichkeit:

Es sind alle Bestandteile und Folgemaßnahmen des Vorhabens, soweit sie zum Zeitpunkt der Vorprüfung bereits bekannt sind, zu berücksichtigen. Hierzu gehören gemäß § 3c UVPG insbesondere die vom Träger des Vorhabens verbindlich vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen.

Bei der Beurteilung der Erheblichkeit geht es nicht darum, ob das Vorhaben zulassungsfähig ist oder nicht. Nicht jedes Abwägungserfordernis führt automatisch zur UVP-Pflicht. Jedenfalls wird u. a. von einer Erheblichkeit auszugehen sein, wenn eine artenschutzrechtliche Ausnahmeprüfung oder die Notwendigkeit einer FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht ausgeschlossen werden können. Im Hinblick auf die Rechtsfolgen offensichtlicher Mängel bei der Anwendung der UVP-Bestimmungen sollte in Zweifelsfällen für die Durchführung einer UVP entschieden werden.

Die rot markierten, standortbezogenen Kriterien sind für die Beurteilung besonders bedeutsam. Für die Beurteilung der Größe des Vorhabens können u. a. nachfolgende Kriterien zur Orientierung herangezogen werden:

- Nr. 1.1 Baulänge: 10 km
- Nr. 1.2 Flächeninanspruchnahme: 10 ha
- Nr. 1.4 Abgrabungen: 10 ha
- Nr. 1.16 Rodung: 10 ha
- Nr. 2.3.8 Verlust gesetzl. geschützter Biotope: 1 ha

Die UVP-Pflicht ist an der Anzahl der berührten Kriterien sowie am Umfang der möglichen Betroffenheit zu messen. Insbesondere ist Folgendes zu berücksichtigen:

- Ausmaß der Auswirkungen
- Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen
- Schwere und Komplexität der Auswirkungen
- Wahrscheinlichkeit der Auswirkungen
- Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen.